



Dietrich W. Thielenhaus

Für die SHK-Report-Leser nimmt der Autor, Inhaber der seit 1986 in der SHK-Branche erfolgreichen Marketing-Agentur Thielenhaus & Partner (Wuppertal), in seiner regelmäßigen Kolumne „KLARTEXT“ aktuelle Themen, Probleme und Herausforderungen auf's Korn.

Gespaltene Konjunktur

Die deutsche Bauwirtschaft ist offenbar dabei, sich von der allgemeinen konjunkturellen Entwicklung abzukoppeln. In den deutschen Unternehmen ist die Stimmung – laut ifo – auf den niedrigsten Stand seit 2014 gesunken. Während Dienstleister und Baubranche noch deutliche Zuwächse ausweisen, stecken Teile der Industrie bereits in der Rezession. Die Zahl der Kurzarbeiter dürfte im restlichen Jahr sprunghaft zunehmen. Gleichwohl soll das BIP 2019 um 0,6 % zulegen, im nächsten Jahr um 1,7 %. Der private Konsum wird danach im laufenden Jahr um 1,4 % wachsen, im nächsten um 1,3 %. Als Lokomotive im Investitionsbereich soll der Bausektor mit einer Steigerung um 4,0 % wirken. Diese Prognosen werden von Praktikern inzwischen mit erheblicher Skepsis bewertet. Der einbrechende Auftragseingang exportabhängiger Branchen signalisiert noch in diesem Jahr krisenhafte Zuspitzungen. Verschärft wird die Lage der Automobil-, Zulieferer-, und Maschinenbauindustrie durch die mittlerweile hysterische Verteufelung der Verbrennungsmotoren, die zum ersatzlosen Verlust führender Marktpositionen der Industrienation Deutschland führen kann.

Boom am Bau

In einer ganz anderen Welt scheint derzeit das Bauhauptgewerbe zu blühen, das kürzlich seine Wachstumsprognose für 2019 um 2,5 auf 8,5 % angehoben hat. Der Hauptverband der Deutschen Bauindustrie meldet für Betriebe mit 20 und mehr Beschäftigten ein Umsatzwachstum um nominal 14,3 % im ersten Quartal 2019. Der Auftragseingang sei sogar um 17,8 % gestiegen, was zum höchsten jemals gemessenen Auftragsbestand von 53 Mrd. Euro geführt habe. Aus SHK-Perspektive bestätigt werden diese Trends durch die neuen Querschiesser-Befragungsergebnisse. Danach bezeichnen sich 60 % der Betriebe aktuell als „überlastet“ bzw. „sehr stark ausgelastet“, nur 2 % klagen über Auftragsmangel. Ebenfalls interessant: Ein Drittel verschafft sich Luft durch die Ablehnung von Aufträgen, 13 % blocken Order durch Preiserhöhungen ab. Durchschnittlich besteht bei der Abarbeitung von Aufträgen ein Verzug von über vier Wochen. Vor diesem Hintergrund kann es nicht überraschen, dass sich erste Abkühlungstendenzen bei der Hochbautätigkeit zeigen. So ist die Zahl der erteilten Baugenehmigungen von Januar bis April nur noch bei Einfamilienhäusern leicht, nämlich um 2,2 % gestiegen. Für alle anderen Sektoren werden Rückgänge gemeldet, die bei Eigentumswohnungen 5,5 % und bei Zweifamilienhäusern 5,2 % ausgemacht haben.

Architekten: jetzt im Preiswettbewerb

Der Europäische Gerichtshof hat im Juli die seit 1977 geltende Honorarordnung für Architekten und Ingenieure (HOAI) gekippt. Damit wurde auch der Kerngedanke ausgehebelt, dass es bei planerischen Leistungen am Bau keinen Preiswettbewerb geben soll, um die Qualität von Bauleistungen nicht zu gefährden. Dadurch werden die Architekten erstmals einem echten Preiswettbewerb ausgesetzt. Sie werden also gezwungen, unternehme-

risch zu kalkulieren. Die neue Konkurrenz dürfte zu niedrigeren Honoraren führen, was insbesondere den Bauherrn zugute käme. Vor dem Hintergrund des gegenwärtigen Überangebots an Architekten ist mit einer Marktberreinigung zu rechnen. Vor allem kleinere Büros dürften in existenzielle Nöte geraten und sich gezwungen sehen, sich zu größeren Unternehmen zusammenzuschließen. Derzeit gibt es in Deutschland rund 138.000 Architekten und Stadtplaner, von denen knapp 57.000 freischaffend tätig sind. Der Rest arbeitet als Angestellte in Architekturbüros oder in Behörden.

Kurz vor dem Blackout?

Im Juni 2019 stand das deutsche Stromnetz kurz vor dem Kollaps. Um einen Totalausfall zu verhindern, mussten die Versorger mehrfach kurzfristig teure „Regelenergie“ bei ausländischen Erzeugern hinzukaufen. Wie ernst die Lage war, lässt die Gemwird noch munter spekuliert. Starkwinde, die zur Abschaltung von Windrädern geführt haben, werden ebenso wenig angeschlossen wie illegale Manipulationen im Strommarkt. Der Bundeswirtschaftsminister bemühte sich umgehend, mit dem Hinweis auf „die weiterhin sehr hohe Versorgungssicherheit“ die Bevölkerung zu beruhigen. Kenner der Materie gehen davon aus, dass die vorrangig emotional bewirkte Energiewende – vor allem nach der Stilllegung der Kohlekraftwerke – dem Land eine nie zuvor gekannte Fragilität der Stromversorgung bescheren wird. Der Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft warnt: „Die heute noch bestehenden Überkapazitäten werden in wenigen Jahren vollständig abgebaut sein. Wir laufen sehenden Auges spätestens im Jahr 2023 in eine Unterdeckung bei der gesicherten Leistung.“

Der Klima-Hype

Auch in anderen Bereichen gefährdet die politische Umsetzung der vom allgemeinen Klima-Hype vorgegebenen Forderungen die Zukunft des Wirtschaftsstandorts und die (relative) Sicherheit der Arbeitsplätze. Der frühere Bundeskanzler Gerhard Schröder hat davor gewarnt, die gesamte politische Debatte von der Klimafrage dominieren zu lassen. Auf Dauer werde das nicht reichen, um die Republik aufrecht zu halten. Als Negativbeispiel nannte Schröder das willfährige Umschwenken auf die E-Autos. Die Publizisten Marc Friedrich und Matthias Weik fragen, warum die Jugend für das Klima demonstriert, aber niemand beispielsweise gegen „die irrsinnige Notenbankpolitik der EZB“, durch die den deutschen Sparern bisher 648 Mrd. Euro an Zinsen entgangen seien. Letztlich werde die wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit des Landes fragwürdigen Klima-Thesen untergeordnet. Dabei seien „die fetten Jahre des Exportweltmeisters Deutschland endgültig vorbei.“ Davon zeugten die bereits angekündigten Entlassungen von Großunternehmen wie BASF, Bayer, Ford, Deutsche Bank, Siemens und Thyssen. Die beiden Ökonomen sagen voraus: „Kurzarbeit, Abfindungen, Entlassungen, Arbeitslosigkeit und explodierende Sozialkosten werden bald die Schlagworte in den Medien sein und keiner wird mehr über Fachkräftemangel, geschweige denn von Klimawandel sprechen.“